

Trennung Hauptschul- und AHS-Lehrer soll fallen



APA

Salzburg (APA) - Bis Jahresende sollen die Grundzüge der neuen Lehrerausbildung in Österreich feststehen. Dieses Ziel gaben Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) und Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) am 27. Jänner bei einer Diskussion im Rahmen einer Tagung zur "Forschung der Wirksamkeit von LehrerInnenbildung" in Salzburg vor. Sie legten dabei ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Ausbildung für alle im Lehrberuf tätigen Personen ab. Die Differenzierung zwischen Hauptschul- und AHS-Lehrer werde - auch unter Hinblick auf die geplante Mittlere Reife - fallen, meinte Schmied.

Entscheidend sei, dass es sich um eine Ausbildung auf tertiärem Niveau handle, in die auch die Frühkindpädagogik miteinbezogen werde, sagte Schmied. Gemeinsames Ziel sei, dass die neue Ausbildung noch in dieser Legislaturperiode starte. Gleichzeitig müsse man auch an einem neuen Dienst- und Besoldungsrecht arbeiten. Noch ist der künftige Weg zum Lehrerberuf allerdings recht unkonkret.

Pädagogische Universitäten möglich

"Sowohl Pädagogische Hochschulen als auch Universitäten haben ihre Stärken. Wir brauchen beide", meinte Karl. Sie stellt sich vor, dass der Bund Qualitätskriterien vorgibt, die konkreten Kooperationen zwischen den beiden derzeit für die Lehrerbildung zuständigen Institutionen aber vor Ort entwickelt werden. Diese Kooperationen könnten von Standort zu Standort unterschiedlich sein, meinte die Wissenschaftsministerin: "Es wird kein starres Korsett geben." Überlegt wird ein Akkreditierungssystem für die Angebote. Am Ende des Weges könnten auch Pädagogische Universitäten stehen, meinte Schmied.

Die Differenzierung zwischen Hauptschul- und Gymnasiallehrer wird fallen: "Es gibt kein Argument mehr, warum man in der Ausbildung differenzieren soll, wenn wir in Richtung Mittlere Reife gehen", sagte Schmied. Gedacht ist im Rahmen der Lehrerausbildung an einen gemeinsamen pädagogischen Kern für alle, Differenzierung über Schwerpunktsetzungen und eine fachwissenschaftliche Ausbildung. Ziel ist es, eine Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Stufen zu erreichen. So sollte ein Volksschullehrer irgendwann mit weiterführenden Ausbildungsmodulen an ein Gymnasium wechseln können, meinte Karl.

Einig sind sich die Ministerinnen darüber, dass es ein Aufnahmeverfahren für den Lehrerberuf geben wird. "Wir wollen nur die besten und motiviertesten Lehrer im Klassenzimmer", sagte Karl. Eine Eingangsphase, bei der auf Eignung und Neigung geachtet werde, sei im Interesse aller Beteiligten, erklärte auch Schmied.

27.01.2011

Ministerin: Ein Gehalt für (fast) alle Lehrer

(Die Presse)

Schmied heizt mit Plan für Hauptschul- und AHS-Pädagogen Bezügedebatte an. Lehrer-Gewerkschafter befürchten Einbußen. In bestehende Dienst- und Besoldungsverträge werde nicht eingegriffen, so Schmied.

Wien/Pö/Apa. Im Februar sollen nach langen Verzögerungen die Verhandlungen zwischen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und der Lehrgewerkschaft über ein neues Dienst- und

Besoldungsrecht beginnen. Die Ressortchefin selbst hat bei einer Tagung in Salzburg keinen Zweifel daran gelassen, dass nicht nur bei der Lehrerausbildung die Trennung zwischen Hauptschul- und AHS-Lehrern fallen muss, sondern dass es für diese Pädagogen künftig auch gleiche Bezüge geben soll.

Für Schmied geht es in Richtung sogenannter Sekundarstufe-I-Lehrer. Zur Sekundarstufe I zählen Hauptschule, AHS-Unterstufe und Neue Mittelschule; Volksschullehrer wären nicht betroffen. In bestehende Dienst- und Besoldungsverträge werde nicht eingegriffen. Für alle neuen Lehrer der Sekundarstufe I, für die es im Gegensatz zu bisher keine getrennte Ausbildung an Universität und Pädagogischer Hochschule mehr geben werde, soll es aber dieselbe Bezahlung geben, so Schmied.

Bei den Lehrerergewerkschaftern stößt die Ministerin mit diesem Vorhaben – noch – nicht auf viel Gegenliebe: Grundsätzlich hätten sie nichts gegen eine Angleichung bei den Gehältern und der Ausbildung der Lehrer der Zehn- bis 14-Jährigen, sagten Pflichtschullehrer-Gewerkschafter Walter Riegler und AHS-Lehrerergewerkschafter Eckehard Quin am Freitag unisono im Gespräch mit der „Presse“. Allerdings, so Quin: Es dürfe keinesfalls ein „Downgrading“ für die AHS-Lehrer geben, die Ausbildung müsse auf universitärem und „Master“-Niveau bleiben. Eine dreijährige „Bachelor“-Ausbildung für alle würde er ablehnen. Gegen ein „Upgrading“ für die Pflichtschullehrer hätte er „selbstverständlich nichts“ – auch nicht bei den Gehältern, so Quin.

Auch für Volksschullehrer?

Einbußen für die AHS-Lehrer hielte der Gewerkschafter für „unmöglich“; bei seinem Ziel, dass neue Lehrer künftig höhere Einstiegsgehälter erhalten, später dann aber kleinere Gehaltssprünge machen, bleibt er.

Für Riegler ist klar: Es wäre nur „angemessen“, die Gehälter, aber auch das Ausbildungsniveau für Pflichtschullehrer zu heben. Dieses Vorhaben sollte aber nicht auf die Hauptschullehrer beschränkt bleiben, sondern auch die Volksschullehrer sollten profitieren. Denn gerade die Lehrer der Jüngsten hätten viel Verantwortung. Pflichtschullehrer werden derzeit an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet, AHS-Lehrer an den Universitäten. Schmied überlegt mit Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) ein Zusammenführen unter einem Dach – etwa zu „Pädagogischen Universitäten“.

Die Unabhängige Lehrerergewerkschaft (Öli-UG) kritisierte am Freitag bei einer Pressekonferenz, dass die Personalvertreter wegen der Sonderinteressen der einzelnen Lehrergruppen für die Verhandlungen mit Ministerin Schmied noch keine einheitliche Linie gefunden hätten. Die Öli-UGH fordert 3600 Euro Gehalt für jeden Lehrer.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 29.01.2011)

Lehrerdienstrecht: Kanzler mit am Verhandlungstisch

04.01.2011 | 11:03 | (DiePresse.com)

Der Verhandlungsaufakt für das neue Dienstrecht steht bevor. Ministerin Schmied will Kanzleramt und Finanzministerium mit am Tisch haben. Skeptisch sind die Gewerkschafter bezüglich längerer Anwesenheitspflicht.

Mit fast zweijähriger Verspätung und nach mehrmaliger Verschiebung sollen demnächst die Verhandlungen über ein neues Lehrer-Dienstrecht starten. Einen konkreten Termin für die erste Runde gibt es zwar noch nicht - die Arbeitnehmervertreter gehen jedoch von einem Zeitpunkt Ende Jänner aus.

Ungewöhnlich wird jedenfalls die Zusammensetzung der Verhandler sein: Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) hat wiederholt dafür plädiert, dass Kanzleramt und Finanzministerium mit am Tisch sitzen - offenbar eine Reaktion auf den Konflikt um eine längere Unterrichtsverpflichtung im Jahr 2009, als sich Schmied von Kanzler und Finanzminister zu wenig unterstützt fühlte.

Lehrerdienstrecht

Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) hat zuletzt als Eckpunkte höhere Einstiegsgehälter bei einer späteren Abflachung der Verdienstkurve, ein neues Arbeitszeitmodell mit stärkerer Berücksichtigung der ganztägigen Schule - sprich längere Anwesenheit an der Schule - sowie ein verstärktes Mitspracherecht der Direktoren bei der Lehrerauswahl genannt. Gelten soll das neue Dienstrecht primär für neu eintretende Lehrer.

Neue Vorgangsweise "nicht leichter"

Die neue Vorgangsweise "wird es nicht leichter machen", meinte der Vorsitzende der Pflichtschullehrer-Gewerkschaft, Walter Riegler. Die Lehrer selbst würden vorerst allein verhandeln - im Fall des Falles werde man sich aber sicher auch die entsprechende Unterstützung von der Gesamt-GÖD holen, so Riegler und sein AHS-Kollege Eckehard Quin unisono.

Sie vermissen vor Verhandlungsbeginn noch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. So wäre es etwa sinnvoll, zunächst den Streit um die Zuständigkeit für die Lehrer zu klären und die Frage des künftigen Schulsystems zu lösen, so Riegler. Quin pocht darauf, die neue Ausbildung, Aufgaben und Funktionen der Pädagogen zu klären.

Skepsis bei längerer Anwesenheitspflicht

Skeptisch sind Quin und Riegler bezüglich einer längeren Anwesenheitspflicht für Lehrer. Vonseiten der Gemeinden als Pflichtschulerhalter gebe es noch keine Pläne, wann Arbeitsplätze für Lehrer entstehen sollten, so Riegler. Selbst an den rund 1000 Bundesschulen sollen erst bis 2019 an nur 260 Standorten solche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Quin will zwar Änderungen bei der Arbeitszeit nicht ausschließen, aber derzeit stimmten die Bedingungen dafür einfach nicht. Am Reißbrett könne man natürlich immer eine Schule von acht bis 17 Uhr entwerfen - "aber man muss schon auch reale Arbeitsbedingungen berücksichtigen".

Gewisser Schutz für Lehrer

Beim Thema Pragmatisierung plädiert Riegler für ein System, das einen gewissen Schutz für den Lehrer beinhalte: Der Lehrer müsse sicher sein, dass seine berufliche Laufbahn nicht davon abhängen, welche Noten er gebe. Quin kann sich eine stärkere Mitsprache der Direktoren bei der Lehrerauswahl vorstellen, volle Personalautonomie sei aber nicht sinnvoll. Gerade in Fächern mit Lehrermangel brauche es eine zumindest regionale Steuerung durch den Landesschulrat. "Wie soll sonst ein Schulleiter in einer unbeliebten Gegend einen Physiklehrer finden?"

Generell plädiert Quin dafür, sich für die Verhandlungen Zeit zu nehmen: "Ob das ein paar Monate früher oder später fertig ist, spielt keine Rolle - es soll ja für Jahrzehnte gelten, da sollte man nichts übers Knie brechen." Riegler erwartet, dass das Angebot des Bundes "nicht so faszinierend" sein wird. Schon in der "Presse" hatte er sich skeptisch über die Verhandlungen über das neue Dienstrecht geäußert.

(APA)